

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Vorkauf nehmen sämtliche Postanstalten. Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Ostpreußen 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. postfällig. Halbtaschenausgabe, per Viertel für Deutschland und Ostpreußen 10,- M., für das übrige Ausland 13,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltigen KonkreteBeilage oder deren Name kostet 5,- M. einschließlich Druckausgabe. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druckausgabe. Kaufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Peinliche Lage in Spaa

Die gestrigen Vorgänge

Man kann die gestrigen Vorgänge in der Konferenz von Spaa nicht begreifen, wenn man sich nicht die innerdeutschen Vorgänge aus den jüngstvergangenen Wochen in Erinnerung zurückruft. Die deutsche Öffentlichkeit wurde mit Schwindelnachrichten über angebliche Putschvorbereitungen der Kommunisten und Unabhängigen überschüttet; diese Schwindelnachrichten sind nicht allein von der reaktionären Presse verbreitet worden, sondern das Reichswehrministerium und andere Regierungen nahmen teil daran. Man erinnere sich, daß noch unlängst der Major Gierl vom Reichswehrministerium dem Vertreter der „Chicago Tribune“ von Unruhen in Deutschland erzählt, daß er ihm Schauermärchen über die angebliche Bildung einer Roten Armee vorgetragen hatte, ohne daß er in der Lage war, auch nur das geringste Material für seine Behauptung beizubringen. Diese Schwindelereien sollten auf die Alliierten Eindruck machen und die Herabsetzung des bestehenden Heeres auf 100 000 Mann verhindern. Aber noch mehr. Die deutsche Regierung hat sich beharrlich der Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann widersetzt, da der sie vertraglich verpflichtet war. Sie versuchte es so darzustellen, als ob diese Frage in Spaa erst durchgesprochen werden sollte und daß die vorherigen Vereinbarungen dadurch hinfällig geworden seien. Eine ähnliche hinterhältige und zweideutige Haltung nahm die Regierung bei der Ablieferung und Vernichtung des Heeresmaterials ein. Immer wieder sind die Vertreter der Entente hingehalten worden, ja, man hat sie in bestimmt nachweisbaren Fällen sogar hinters Licht zu führen gesucht. Es wäre allerdings zuviel gesagt, wenn man die zivilen Stellen der Regierung allein und in der Hauptsache dafür verantwortlich machen würde. Hinter all diesen Treibereien stehen die Militärs und die Regierung hat sich als willfähriger Diener ihrer Ansprüche gebrauchen lassen. Damit hat sie die Interessen des Volkes aufs schwerste geschädigt, sie hat sich selbst in die peinliche Situation vom Dienstag gebracht, die die deutsche Vertretung vor der ganzen Welt blossstellte.

Die Herren Fehrenbach und Gessler haben geglaubt, der eine mit einer vorbereiteten Rede, der andere mit der Wiederholung von beweislosen Behauptungen Eindruck auf die Vertreter der Alliierten zu machen. Sie mußten aber sofort erfahren, daß die Vertreter der Entente dem deutschen Spießbürger nicht im entferntesten gleichen; und womit sie bei der deutschen Bourgeoisie Eindruck erwecken konnten, das wirkte in Spaa so lächerlich, wie nur irgend möglich. Lloyd George verlangte immer wieder Tatsachen und Einzelheiten. Er bekam dafür nur die Tiraden der deutschen Vertreter zu hören. Die Alliierten gaben deutlich zu verstehen, daß sie über die Entwaffnungsfrage nicht zu unterhandeln wünschen, sondern daß sie von der deutschen Regierung lediglich die Mitteilung darüber erwarten, wie im Einzelnen die Entwaffnung endlich durchgeführt werden solle. Die Herren Fehrenbach und Gessler aber hatten sich so auf den Bahn eingestellt, daß die Ententevertreter mit ihnen über die Entwaffnungsfrage verhandeln wollte, sie lebten so sehr in der Hoffnung, daß die Alliierten ihnen die Heeresstärke von 200 000 Mann zugestehen würden, wenn sie ihnen einige Klugeiten über bolschewistische Unruhen in Deutschland vortragen würden, daß sie erst nach den sehr deutlichen Worten Lloyd Georges begriffen, um was es sich eigentlich in Spaa handele.

Es schien nach den Berichten verschiedener Journalisten in manchen Augenblicken der gestrigen Sitzung so, als ob durch das Verhalten der deutschen Regierung die ganze Konferenz gefährdet werden könnte. So darf es aber nicht weiter gehen. Das deutsche Volk muß von den Vertretern der deutschen Regierung verlangen, daß sie in Spaa nicht die Hausrechte der deutschen Militärs spielen. Wir wissen ganz genau, daß die Entente die Entwaffnung Deutschlands aus imperialistischen Gründen verlangt; das hindert uns aber nicht daran, zu bekennen, daß in diesem Punkte die Interessen des deutschen Volkes mit denen der Entente übereinstimmen. Wir haben den Militarismus, der das deutsche Volk in sein grenzenloses Unglück gestürzt hat, gründlich satt; wir verlangen, daß die Regierung sich nicht noch einmal aus Sorge um das Schicksal des Militarismus von den Ententevertretern moralisch ohnefeigen läßt und damit das Interesse und das Ansehen des deutschen Volkes aufs neue und aufs schwerste schädigt.

Das äußerste ist noch verhütet worden; heute nachmittag soll über die militärischen Fragen wieder gesprochen werden. Hoffentlich hat die gestrige Lektion auf die deutschen Vertreter so erzieherisch gewirkt, daß sie nnumehr den Ernst der Lage begreifen und ohne Ausflüchte das tun, was die Stunde gebietet: die Beseitigung des deutschen Militarismus nicht länger zu verschleppen, sondern sie aufs ernstlichste durchzuführen.

Der Verlauf der zweiten Sitzung

Spaa, 6. Juli. (M. T. N.)

Die zweite Sitzung der Konferenz, an welcher auf deutscher Seite Reichsanzler Fehrenbach, Minister des Meisters Dr. Simons, Reichswehrminister Dr. Gessler und General von Seeckt teilnahmen, wurde kurz nach 1/2 Uhr durch den Ministerpräsidenten Delacroix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Antrag habe, die Noten der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten. Der Reichsanzler entgegnete, daß Reichswehrminister Dr. Gessler dazu bereit sei.

Reichswehrminister Dr. Gessler ging sofort in längeren Ausführungen auf die ganze Entwaffnungsfrage ein. Er schilderte den gegenwärtigen Zustand: hat der 100 000 Mann sei unser Heer noch 200 000 Mann stark, das Material sei ziemlich vollständig abgegeben, wenn auch über einzelne Punkte der Abgabe noch Differenzen mit den militärischen Überwachungskommissionen der Entente beständen. Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Sie stellen das Minimum dessen dar, was wir angesichts der politischen Unruhen, die immer wieder zum Ausbruch kämen, bräuchten. Die wirtschaftliche Depression, das Meer der Arbeitslosen, das zunähme und durch neue Entlassungen weiter vergrößert werden würde, die Kriegsbekleideten, die Flüchtlinge aus den abgetretenen und besetzten Gebieten, die Schwierigkeiten, die wir mit der Eintreibung der neuen Steuern hätten — alles das mache eine starke Macht in der Hand der Regierung notwendig. Auch sei die Regierung durch das Schicksal der zwanzigtausend Offiziere, die von der Entlassung betroffen seien, und deren Lage und Absichten niemand kenne, in harter Sorge. Unter den obwaltenden Umständen halte er die deutsche Regierung für außer Stande, die Wehrmacht weiter zurückzuführen.

Lloyd George ergriff darauf das Wort und zählte die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere, daß die Reichswehr fast einhunderttausend Mann zweihunderttausend Köpfe umfasse, und daß Deutschland fast der ihm zugestandenen zweihunderttausend Maschinengewehre fünfzigtausend habe, statt der ihm zugestandenen 200 Gewehre zu fünfzigtausend. An Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerlegt. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Was gedente die deutsche Regierung zu tun und was habe sie bereits getan, um diese Gewehre den Alliierten auszuliefern? Der Vorschlag dieser Gewehre sei ein politisches Gefahrenmoment von außerordentlicher Schwere. Ihm gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands einhunderttausend, zweihunderttausend oder dreihunderttausend Mann betrage. Deutschland sei dauernd eine schwere Gefahr für seine Nachbarn. Diese Gewehre wollten die Alliierten nicht mehr länger laufen und auch für die deutsche Regierung sei dieser Zustand höchst bedenklich. Was gedente die deutsche Regierung dagegen zu tun? Es fehle ihr entweder am guten Willen oder an Macht. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Pläne, wie sich die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf einhunderttausend Mann gestalten solle.

Reichsanzler Fehrenbach betonte darauf in sehr ausführlichen und lebhaften Darlegungen die Schwierigkeiten der Aufstellung eines sicheren Planes. Wenn die Alliierten den Vertretern schenken und uns die Nachmittel belassen wollten, dann würden wir die Auslieferung der Waffen und die Herabsetzung des Heeres leichter bewerkstelligen können. Er mache auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig seien.

Zu scharfer Weise erwiderte darauf Lloyd George, daß die Alliierten klare Daten und Ziffern wollten. Die Konferenz von Spaa, die er eingeleitet habe, da er es für zweckmäßig halte, sich gegenseitig zu unterstützen, hat sich nicht zu schämen, hätte sonst seinen Zweck mehr.

Minister Dr. Simons erwiderte, daß wir nach Lage der Dinge nicht hätten annehmen können, daß die militärischen Fragen an erster Stelle in Spaa besprochen werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vormittag wirklich in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen.

Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen, und Ministerpräsident Delacroix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 3/4 Uhr nachmittags an.

Sonderbesprechungen

Die zweite Vormittags-Konferenz in Spaa verlief ruhig. Es fand keine Sitzung des Obersten Rates statt. Mitterand empfing den Präsidenten der Kommission für Oberschlesien, General Le Rond, der heute nacht in Spaa angekommen war, und berief ferner mit Dubols. Die Finanzsachverständigen prüfen die italienische Note betreffend die Verteilung der deutschen Entschädigungssumme. Auch die militärischen Sachverständigen werden sich unter Fochs Vorsitz versammeln.

(Siehe auch 6. Seite.)

Unehrlisches Treiben

Die unehrliche Haltung, die die Rechtssozialisten in der Frage der Regierungsbildung eingenommen haben, scheinen sie jetzt in anderen Fragen fortsetzen zu wollen. Damals haben sie unter bewußter Täuschung der Öffentlichkeit durch geschickte Manöver die Unabhängige Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen gesucht, daß eine bürgerliche Regierung zustande kam, während sie selbst, wie das geheime Rundschreiben ihres Parteivorstandes mit voller Deutlichkeit bewiesen hat, von Anfang an die Absicht hatten, eine Reichsregierung zustande zu bringen. Es ist natürlich, daß diese Haltung, die wie ebenfalls das Rundschreiben ausgesprochen hat, lediglich parteipolitische Ursachen hat, auf die sonstige Haltung der Partei nachwirkt.

Immer deutlicher wird das Bestreben, die erzwungene Opposition nicht zu einer Radikalisierung der Massen und der eigenen Anhänger zu benutzen. Es herrscht bei den Rechtssozialisten die Furcht, daß, wenn die Partei zur Vertretung sozialdemokratischer Grundsätze zurückkehren würde, späterhin die Radikalisierung so weit vorgeschritten ist, daß sich auch die eigenen Anhänger die reformistische Politik der Partei nicht mehr gefallen lassen würden. Deshalb wird eine sehr vorsichtig lazierende Politik betrieben, die verhindern soll, daß die Ansprüche der Massen sich zu ungestüm äußern.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Unabhängige Reichstagsfraktion gegen die Durchpeisung des Ermächtigungsgesetzes über den Volkswirtschaftlichen Ausschuss Einspruch erhoben und seine Verabschiedung verhindert. Diesen Anlaß benutzte der „Vorwärts“, um der Unabhängigen Sozialdemokratie in Aussicht zu stellen, daß er sie verantwortlich machen werde, wenn die Regierung die beabsichtigten hohen Getreidepreise ohne diesen Ausschuss auf dem Verordnungswege festsetze.

Diese Argumentation ist der Gipfel einer unehrlichen Politik. Es ist bezeichnend, daß selbst die reaktionären Blätter bisher auf diesen Einwand nicht gekommen sind und es den Rechtssozialisten vorbehalten geblieben ist, den unerfülllichen Agrariern und der ihnen willfährigen Regierung die Argumente zu liefern, mit denen sie die ungerechtfertigte Preissteigerung verteidigen können.

Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Kurz nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung im vergangenen Jahre wurde dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss die Befugnis übertragen, ohne Befragen des Plenums der Nationalversammlung gesetzliche Maßnahmen zur Regelung des Übergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu beschließen. Diese Bestimmung ist von der Regierung benützt worden, um alle möglichen Maßnahmen durchzuführen, die bei einer ausgiebigen Beratung in voller Öffentlichkeit wahrscheinlich gefallen wären. U. a. hat dieser Volkswirtschaftliche Ausschuss die Verordnung über den Eisen-Wirtschaftsrat beschlossen, die der Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie die Ernennung der Mitglieder zum Reichswirtschaftsrat übertrug und somit die größte deutsche Gewerkschaft den Metallarbeiterverband, vollkommen von der Vertretung im Reichswirtschaftsrat ausschließt.

Weit bedeutungsvoller aber ist die Tatsache, daß dieser Volkswirtschaftliche Ausschuss die gewaltigen Steigerungen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowohl im Dezember des vergangenen Jahres als auch im März dieses Jahres unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien und unter Zustimmung der Rechtssozialisten beschlossen hat. Es war schon damals keine Frage, daß, wenn dieses weitgehende Recht des Volkswirtschaftlichen Ausschusses nicht bestanden hätte und die Regierung ihre Preispolitik vor der breiten Öffentlichkeit hätte verteidigen müssen, zum mindesten die Rechtssozialisten gezwungen gewesen wären, ihr erheblichen Widerstand zu leisten. Im Dunkel des Ausschusses und unbemerkt von der Öffentlichkeit aber glaubten sie, diese Vertretung der Interessen der minderbemittelten Bevölkerung nicht nötig zu haben.

Dasselbe beabsichtigt die Regierung gegenwärtig. Ihre Absicht der Steigerung der Getreidepreise um 55 Proz. möchte sie durch den Ausschuss gutheißen lassen, um so der Protestbewegung der Massen die Spitze abzubreaken. Der Ausschuss sollte sogar diese Angelegenheit während der Vertagung des Reichstages erledigen, damit noch weniger Aufsehen als sonst aus der Angelegenheit entstehen könnte. Obwohl das Ermächtigungsgesetz mit dem Ende der Nationalversammlung abgelaufen war, sah sich deshalb die Regierung nicht veranlaßt, es sofort nach Zusammentritt des Reichstages neu vorzulegen, sondern sie verzögerte diese Vorlegung bis zum letzten Augenblick. Erst in der Dienstagssitzung, knappe zwei Stunden vor der Vertagung, wurde den Abgeordneten dieses Gesetz vorgelegt, ohne daß der Mehrheit

ausschick oder die Fraktionen Gelegenheit gehabt hätten, sich mit ihm zu beschäftigen. Die Absicht der Ueberraschung muß also mitbestimmend gewesen sein.

Wollte die Regierung diesen Anschein vermeiden, so hätte sie dieses Gesetz sofort nach Zusammentritt des Reichstages unterbreiten müssen, so daß eine Diskussion darüber ebenfalls möglich gewesen wäre, wie seine glatte Verabschiedung. So wenig aber wie das geschehen ist, so wenig hat sie sich bisher auch veranlaßt gesehen, den Entwurf ihrer Verordnung über die neuen Erzeugerpreise, der bereits seit dem 22. Juni fertiggestellt ist, dem Reichstage vorzulegen. Gegen einen solchen Versuch, über die wichtigen Interessen der Massen mit einer Handbewegung hinwegzugehen und die Volksvertretung der Möglichkeit zu berauben, ihren Einspruch dagegen in voller Öffentlichkeit geltend zu machen, mußte deshalb entschiedener Widerstand geleistet werden.

Das waren die Gründe, die die Unabhängige Reichstagsfraktion bewegt haben, der dritten Lesung dieses Gesetzes zu widersprechen und damit seine Verabschiedung unmöglich zu machen. Kein objektives Denkender kann daraus die Folgerung ableiten, daß sie damit irgendwie für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise verantwortlich zu machen sei. Diese Verantwortung liegt in vollem Umfange bei der Regierung und bei den Parteien, die durch ausdrückliche Zustimmung zu der bisherigen Preispolitik der Regierung ihr erst den Rücken geleistet haben, so daß sie eine solche Steigerung beschlossen hat. Zu diesen Parteien aber gehören bisher auch die Rechtssozialisten. Sie sind deshalb, wenigstens zum Teil, verantwortlich, wenn diese Preisenerhöhung jetzt kommen würde.

Aber ob die Regierung das wagen wird, ist besonders dann fraglich, wenn die Rechtssozialisten nach der Erklärung ihres Redners bei der Interpellation der Unabhängigen Partei handeln und mit der Unabhängigen Sozialdemokratie gemeinsam dieser Liebesgabenpolitik an die Agrarier den allerhöchsten Kampf ansagen. Bisher aber haben wir von dieser Unterstützung noch sehr wenig bemerkt. Wollen die Rechtssozialisten sich nicht dem Verdacht aussetzen, als ob sie der Regierung nur Scheinopposition machen, so müssen sie jetzt Farbe bekennen, und den schärften Widerstand auch ihrer Anhänger gegen die vollstreckenden Maßnahmen der Regierung entsenden.

Ein gutes Geschäft

Der abstinent Arbeiter, das Organ des Deutschen Arbeiter-Unionsbundes, macht über einen Weineverkauf durch das Reichsverwertungsamt folgende Angaben: Im März d. J. verkaufte das Reichsverwertungsamt ein Konjorium von 11 großen Weinfirmen, darunter die Firmen Dr. S a n d m a n n und K e m p i n s k i in Berlin 550 000 Liter ungarischen Wein zum Preise von 10,50 Mark einschließlich Zoll und Gebinde ab Lager Grünberg in Schlessen. Die Zahlung erfolgte halb in bar, zur anderen Hälfte in Kriegsanleihe. Mit diesem Abschluß haben die Großfirmen ein gutes Geschäft gemacht, denn nach dem Gutachten des veredigten Sachverständigen für Weine und Spirituosen der Handelskammer Sagan, Ed. Bräun, ist der Wein mindestens 18 Mark pro Liter im Wiederverkauf wert. Und in einem Artikel des „Riegnitzer Tagesblattes“, das sich mit diesem Weineverkauf beschäftigt, wurde angedeutet, daß das Konjorium den Wein auch mit 18,50 Mark pro Liter weiterveräußert habe und zwar an Firmen, die ihrerseits wieder die Ware mit Gewinn weiterverkauften. Die Firma Albert Buchholz in Grünberg (Schlessen) hat Veranlassung genommen, die Staatsanwaltschaft Glogau auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen. Sie weist darauf hin, daß die tausenden Firmen durchweg Teilhaber der Weinhandelsgesellschaft Berlin und zum Teil Mitglieder des engeren und weiteren geschäftsführenden Ausschusses der Weinhandelsgesellschaft sind und daher an den Geschäftsergebnissen der Weinhandelsgesellschaft interessiert seien. Der in Frage kommende Wein kostete im Einkauf 18 Mark und darüber, so daß durch den Verkauf der Ware zum Preise von 10,50 Mark pro Liter der Verkauf einen Verlust von mehreren Millionen Mark erleihe. Der Inhaber der Firma Buchholz teilt dann in dem Schreiben an die Glogauer Staatsanwaltschaft weiter mit, daß er den Vertrag der Firma Sandmann als wider die guten Sitten verstößend angefochten habe, worauf dann durch die Erlassungsabteilung des Reichsjahresministeriums, Zweigstelle Riegnitz, eine Beschlagnahme des in Grünberg lagernden Weines und ein Verbot der Herausgabe der Weine an das Konjorium erfolgt sei. Von Berlin aus sei dann aber bald ohne Rücksicht auf die in Riegnitz gemachten Feststellungen die Beschlagnahme aufgehoben, mit der Begründung, daß das Ministerium den Vertrag abgelehnt habe und die untergeordnete Riegnitzer Behörde sich dem zu fügen habe.

Es ist unbedingt notwendig, daß sich die zuständigen Stellen zu diesen Angaben äußern. Vielleicht erfährt man auch, was die Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit bisher unternommen hat.

Die kampfschlossenen Zarenoffiziere

Das Interniertenlager A l t e n g r a b o w hat mehrfach die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Dort liegen bekanntlich im geschlossenen Verbande die russischen Bermonditztruppen, die nach dem mißglückten Baltikumabenteuer dort untergebracht worden sind. Sie werden im Gegensatz zu den russischen Gefangenen nicht als Gefangene, sondern als Internierte, ja zum Teil als Verbündete behandelt. Sie besitzen im Lager volle Bewegungsfreiheit. Die Offiziere sind im Besitz ihrer blauen Waffen, tragen alle ihre Orden und Rangabzeichen. Kein deutscher Offizier hat über die Truppe, die sich stets als eine geschlossene Armee bezeichnet hat, Strafgewalt; diese Truppe besitzt vielmehr eine eigene Kommandantur unter einem russischen General, der die Strafen verhängt. Eine Kontrolle über die Verbände, die in diesem Lager stattgefunden haben, ist, wie wir uns durch Augenschein überzeugen haben, fast unmöglich. Die amtlichen Stellen des Heeresabteilungsamtes, wie auch der Staatskommissar für öffentliche Ordnung haben sich durch Augenschein oder auch Berichte davon überzeugen müssen, daß der geschlossene russische Truppenverband, der unter der Leitung von erzreaktionärer zaristischer russischer Offiziere steht, im Lager Altengrabow eine ernste Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung darstellt. Es war deshalb der Beschluß gefaßt worden, diese Verbände so schnell als möglich aufzulösen, die Mannschaften von ihren Offizieren zu trennen und vor allen Dingen die Offiziere unter sorgfältigere Bewachung zu stellen. Da trotz aller unserer Warnungen nichts geschehen ist, so halten wir uns nunmehr für verpflichtet, in aller Öffentlichkeit auf die gefährlichen Tretbereiten hinzuweisen, die in diesem Lager vor sich gehen. Wir geben nachstehend die Uebersetzung eines russischen Briefes des Obersten K u p i s c h i n s k y aus Altengrabow an seinen Freund P u k l a j s k y im Lager S a v e l b e r g wieder.

Alten-Grabow, den 28 Juni 1920.

Lieber Freund Puklajsky!

Ich bekam Kenntnis von Ihrer Abreise erst am Nachmittage des nächsten Tages. Sie sollten es so machen, wie ich es Ihnen sagte, d. h. in Alten-Grabow auf Arbeit bleiben. Sagen Sie dem S i k o w i t s c h i, S a m o i l e n k o, F e l d m. J w a n o w, W. J u r t o w s k y und den anderen guten Kerls, daß sie bei ihrem Kommandanten bitten sollen, nach Lager Alten-Grabow auf Arbeit entlassen zu werden. Sie sollen dann nach dem Lager kommen, und hier werden wir schon alles in Ordnung bringen. Sagen Sie daselbe auch den Hularen B i s h o w s k y, S i m i n, G u r o w s k y und dem Unteroffizier M a l a r o f f. Sollte es auf diese Weise nicht gehen, so schreiben Sie mir sofort und ich werde selber alles durch Berlin veranlassen. Teilen Sie allen guten Kerls mit, daß sie den Mut nicht verlieren sollen. Gott soll sie davor bewahren, an verschiedenen Komitees, Sowjets und ähnlichen schändlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Halten Sie fern von allem und geben sie, daß der Kommunismus bald fallen wird, und daß er bis heute noch von seinem verkümmerten Lande anerkannt ist. Vergeht nicht, daß die Sowjets unter B a t e r l a n d zugrunde gerichtet haben, und daß jetzt der Kampf sich um die Frage dreht: Wer wird die Welt regieren: Juden oder Nicht-Juden? Solange in Russland der Monarch Trostky herrscht, soll man dorthin unter keinen Umständen fahren. Ergreifen alle Maßnahmen und agitieren unter den zuverlässigen, kampfschlossenen Soldaten, daß sie nicht nach Russland fahren. Je mehr kampfschlossenen Soldaten in Deutschland bleiben, desto besser. Die Deutschen werden uns helfen, den Bolschewismus zu zerschlagen und der Entente die Hude voll zu haufen. Dann wird Russland und Deutschland niemand belegen können. Hören Sie auf mich. Ich habe nur den einzigen Wunsch an der Wiederaufrichtung unseres armen Vaterlandes mitzuarbeiten. Wir müssen unbedingt uns zusammenschließen. Schreiben Sie mir, wie es Euch allen dort geht, wie die deutschen Sie behandeln, usw.

Dieses Dokument beweist unüberleglich, daß die zaristischen Offiziere die Hoffnung auf einen Militärputsch in Deutschland und Russland noch nicht aufgegeben haben. Sie warten auf den Zeitpunkt, in dem sie in Deutschland einem konterrevolutionären Unternehmen ihre Kräfte leihen können und sie hoffen, daß dann auch für sie die Zeit gekommen ist, mit einem unter der Militärdiktatur stehenden Deutschland auch Russland wieder unter ihre Kräfte zu bekommen. Daß es sich dabei nicht um platonische Wünsche handelt, zeigen die sorgfältigen Vorbereitungen und das Verlangen,

die Taten der Bolschewiki, soweit dies eine väterliche Zensur zuläßt, studieren. Seit zwei Jahren haben sie ihr Land verteidigt, es erfolgreich gegen die Heere und Flotten Englands, Frankreichs, Amerikas, Japans, Polens, Deutschlands, Rumaniens, Finnlands, Estlands und Litauens verteidigt. Ich bitte um Entschuldigung, falls ich es unterlassen habe, weitere Verbündete zu nennen, dies geschah keineswegs aus Mangel an Achtung, sondern aus Gedächtnisschwäche. Ist also ein Bolschewik ein Mensch, der sein Vaterland gegen äußere Feinde verteidigt? Zu gleicher Zeit hat die bolschewistische Regierung gegen innere Feinde einen erbitterten Kampf geführt. Ist also ein Bolschewik ein Mensch, der seiner Regierung hilft, Rebellionen zu unterdrücken? Man sagt mir auch, die Bolschewiki zwängen alle gesunden, starken Menschen zur Arbeit. Ja, jede ja gern zu, daß dies bekräftigend klingt, ist es aber ein solches Unheil der sozialen Geistes, wie wir zu glauben geneigt sind? Nicht, einem meiner Ähnen wurde mitgeteilt, er solle im Schweiße seines Angesichts sein Brot verdienen. Freilich ist es einem beträchtlichen Teil seiner Nachkommen gelungen, dieses Gesetz zu umgehen; vielleicht ist es wirklich so irdisch und unmoralisch, wie sie behaupten. Ist aber jeder, der es gern wieder in Kraft treten läßt, ein Bolschewik? Die Bolschewiki haben die Klassenherrschaft eingeführt, sie leugnen es keineswegs. Doch deutet mich dies gar nichts neues. Der einzige Unterschied scheint für mich darin zu bestehen, daß die Bolschewiki fordern, die Werttätigen und nicht die Rührgänger sollen herrschen. Auch sagt man mir, die Herrschaft der Wenigen über die Vielen sei ein höheres Kennzeichen des Bolschewismus. Können die Kritiker des Bolschewismus wirklich verlangen, daß wir uns heutzutage über die Herrschaft der Wenigen über die Vielen empören sollen?

Aber es gibt noch eine Anklage gegen den Bolschewismus, an seinen Früchten soll man ihn erkennen: der Bolschewismus ist die umgekehrte Bergpredigt. Es scheint, die bolschewistische Regierung sei eine Regierung, die sich nicht streng an die Lehren der Bergpredigt hält. Es ist schier unglücklich. Kann es sein, daß es irgendwo in der Welt eine Regierung gibt, die nicht mit demütigem und zertnirtstem Herzen ihre Politik der Bergpredigt anpaßt? Man begreift nicht, wie die armen unwissenden Bolschewiki sich, trotz dem guten Beispiel, das ihnen alle anderen Regierungen geben, von dem schmalen und geraden Pfad des Christentums haben abwenden können. Sogar die jüngsten Bolschewiki hatten doch in den letzten Leben Jahren die Möglichkeit, das geistige und materielle Glück jener seligeren Nationen zu erkennen, deren Regierungen aus den direkten Nachfolgern der zwölf Apostel gebildet sind. Sir Rider Haggard und Herr

daß die Mannschaften unter keinen Umständen nach Rußland zurückkehren. Die immer wiederholte Feststellung von kampfschlossenen und kampfschlossenen Soldaten zeigt, daß es sich hier keineswegs um eine harmlose und friedliche Bewegung handelt. Wir sind begierig, was die deutsch-nationale Presse, die dauernd von der Gefahr der russischen Gefangenenlager jaseht, zu diesem Dokument sagen wird. Von der Regierung erwarten wir, daß sie nunmehr endlich mit den Beratungen ein Ende macht und energisch eingreift, dem standalösen Zustand in dem Lager Altengrabow ein Ende bereitet und die dortigen Truppenverbände auflöst, ehe sie zu einer nicht mehr abwendbaren Gefahr für die deutsche Republik geworden sind.

Die Breslauer Mörder

Das Freikorps Kulod hat während der Kapitulation in Breslau gefangene Arbeiter in der verächtlichsten Weise mißhandelt lassen. Von den Gefangenen sind dann acht Personen des Rechts verschleppt worden, sie wurden totgeschlagen und in die Oder geworfen. Unter den Ermordeten befand sich auch unser Genosse Schottländer, dessen Leiche erst vor einigen Tagen gefunden werden konnte. Obwohl der Tatbestand des vollendeten Mordes ganz einwandfrei klar gestellt war, wurde gegen das Freikorps nichts unternommen. Es kam vielmehr als „zuverlässige Truppe“ ins Ruhrgebiet und half dort durch neue Untaten den Ruhm der Reichswehr vermehren. Jetzt endlich, nach vier Monaten, ist der Führer des Freikorps, der Oberleutnant v. Kulod, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Breslau verhaftet worden und mit ihm noch zwei weitere Offiziere. Sie werden der Duldung von Mißhandlungen an Gefangenen beschuldigt. Diese Anklage geht nach unserer Auffassung aber nicht weit genug; sie muß ganz einfach auf Anklage zum Mord lauten, denn die Soldaten, die das Verbrechen in Breslau verübt haben, haben nur auf Anordnung ihrer Vorgesetzten gehandelt. Herr von Kulod ist außerdem ein Kappist, er muß also auch wegen Hochverrats und schweren Landesfriedensbruchs unter Anklage gestellt werden, wenn das Gericht nicht bloß eine unwürdige Komödie spielen will.

Verfassungstreue wird bestraft

In Potsdam fand am Freitag, den 2. Juli eine öffentliche Versammlung des Republikanischen Führerbundes statt. Vom Artillerie-Regt. 3, Potsdam, wurde der Besuch dieser Versammlung am Nachmittage des 2. Juli verboten. Eigentümlicherweise war der Befehl, der den Batterien bekannt gegeben wurde, nicht unterschrieben. Am Sonnabend vormittag wurden die Mannschaften der 5. Batterie, die an der Versammlung teilgenommen hatten, vernommen und sind am Montag, den 5. dem Gerichtsoffizier zur Vernehmung vorgeführt worden.

Was sagt der Herr Reichswehrminister hierzu? Nach einer Unterredung, die die Bundesleitung des R. F. V. mit Herrn Geßler vor einiger Zeit hatte, sollen Vorgesetzte, die den Besuch der Versammlungen des Republikanischen Führerbundes verbieten, zur Rechenschaft gezogen werden.

Von der 5. Batterie des L. A. R. 3 befindet sich der Kaiser Goldschmidt in Haft, angeblich, weil er für den „Roten Soldatenbund“ — so nennt ein Offizier dieser Formation den Republikanischen Führerbund — erworben haben soll. — Der Geßler, Schmejer, Angehöriger einer Formation, die in Wärsdorf ihr Quartier hat, befindet sich seit dem 30. Mai in Haft, weil er während der Kapitulation seine Verfassungstreue bewiesen hat. Es heißt jetzt: Er habe den Geist der Truppe in linksradikaler Weise beeinflusst. Untersuchung dieses Falles ist dem Republikanischen Führerbund von Seiten des Reichswehrministeriums zugelaugt. Offentlich wird diese Untersuchung etwas beschleunigt, damit die Haftzeit des Geßler, Schmejer endlich beendet wird.

Kleine Anfragen. Der Genosse Bod hat wegen des Jena-Jurverbots des Regierungskommissars, Rolle eine kleine Anfrage im Reichstag eingeklagt. — Die bayerischen rechtssozialistischen Abgeordneten fragen, was die Regierung zur Bekämpfung der Verschiepper und Hehler deutschen Staatseigentums und zur Hemmung weiteren Waffenschmuggels und gegen die Störung des freundschaftlichen Verkehrs mit Deutschland durch den Waffenschmuggel zu tun gedenkt.

Die Arbeiter der sächsischen Betriebe in Königberg haben Dienstagabend beschlossen, in den Sympathiestreik einzutreten. Die elektrischen Wagen fuhren in die Depots und das elektrische Licht erlosch. Auch die Wasserzufuhr verlagerte kurz darauf.

Erhöhung der englischen Zinsfuß. Das Unterhaus nahm bei der Beratung der Finanzvorlage die Erhöhung der Bier- und Spirituosensteuer an, ebenso die Erhöhung der Weinksteuer. Chamberlain schlug indessen mit Rücksicht auf die Vorstellungen Frankreichs vor, die besondere Wertsteuer auf Schaumweine von 50 Prozent auf 33½ Prozent herabzusetzen. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Keine Brotkarte in Frankreich. Der französische Kabinettsrat hat die Wiedereinführung der Brotkarte abgelehnt.

Rudgard Kipping melden uns ein tröstliches Bild: eine Welt beglückter Menschen, Engländer, Amerikaner, Franzosen, ja sogar „Sunnen“, zum siegreichen Kampf gegen Satan organisiert, zieht unter dem Banner der Bergpredigt an Zion, und bloß die irrende Schar der Bolschewiki verschmätzt die Wasser des Heils, die ihnen von den Ententeregierungen dargeboten werden.

Religiöser Sozialismus *)

Hollischers Weg führt näher an Tolstoi als an Marx vorüber, und kein Sozialismus trägt eine stärkere religiöse Färbung. Der Begriff des Proletariats verknüpft mit dem Begriff der ganzen verstorbenen Menschheit. Ein Roman, den Hollischer kürzlich geschrieben hat, offenbar seine humane Menschennatur in aller Reinheit und erwuchs aus starken, religiösen Gefühlen für das Proletariat, wenn auch die Handlung nicht in proletarischen Kreisen spielt. Aber der Marsch des Internationalen droht hinter allen Vorgängen, und mit der ganzen ruhelosen, abgeklärten Kraft, die Hollischer eigen ist, hämmert der Ruf nach Aenderung aller Dinge. Seine Kritik gilt der Bourgeoisie, über die er das Todesurteil in seiner milden, weichen Sprache fällt. Aus den Kreisen dieser zerrissenen, jeilich unfruchtbar Bourgeoisie löst er einen Mörder los, über den seine Klassenengen sensationslustigen und nachplaudernden herfallen, aber dieser Mörder ist vom stärksten Verantwortungsgesühl gegenüber wehrlos angelegener Menschheit durchdrungen und ruft ihre Lamerfüllt, verzweifelt zu: „Ich bins, den ihr beneidet!“ Das Schuldbewußtsein des Bestehenden gegenüber dem Besten, die Forderung nach den Pflichten des Menschen gegen den Menschen werden in allen Empfindungen der Handelnden gerecht und geben dem Buche eine evangelienhafte, warmblütige Kraft.

Aber diese heillichen Werte schädigen eine oft langatmige Darstellungsart und eine traditionelle Gegenüberstellung verschiedener Schlußfolgerungen mit filmhaften Wendungen, so lebendig auch manche Bilder des Londoner Treibens und des großen Passagierdampfers gezeichnet sein mögen; gerade der stete Wechsel des Schauplatzes schlägt die Wirkung von Handlung und Gegenhandlung tot. Die weibliche Hauptfigur ist ein schwaches, blutarmes Geschöpf und die Finneigung Hollischers zu okkultativen Problemen kann man nur mit Bedauern konstataieren. Wenn man zugibt, daß er das Rätsel der Fernwirkung nur symbolisch ausbeuten möchte, wird man ihm den Vorwurf nicht erproben können, ein billiges und verführerisches Mittel gewählt zu haben. Das Mißtrauen gegenüber jenem

* Arthur Hollischer, Abela Bourles Begegnung. Roman. E. Fischer Verlag.

Müßige Gedanken über die Bolschewiki

Von Jerome K. Jerome.
Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Englischen von Hermyonia Zur Mühlen.

Was ist ein Bolschewik? Die Antwort auf diese Frage interessiert mich, weil ich selbst bisweilen von meinen Bekannten ein Bolschewik genannt werde. Und da ich nicht genau weiß, was diese Bezeichnung bedeutet, vermag ich den Vorwurf nicht mit jenem Zorn und jener Ueberlegenheit zurückzuweisen, die — ich fühle es — von mir erwartet werden. Von einem braven gottesfürchtigen Ordner Professor wird erzählt, er sei eines Tages in Streit mit einem Hälter geraten. Der Hälter, der sich keineswegs einer gewählten Sprache befleißigt, schien bereits den Sieg davonzutragen, da ermannte sich der Professor und wandte sich gegen den Feind. Er nannte ihn ein verbländetes Parallelogramm, deutete an, er sei um nichts besser als ein Rhomboid, könnte sogar eine Differentialrechnung sein. Der Hälter verstand nicht, und klammerte sich hilflos an einen Laternenposten. Wie, wenn ich tatsächlich ein Bolschewik bin? Dieser Gedanke verfolgt mich. Ich weiß nicht, was ein Bolschewik ist, weiß nicht, welche Ideen er vertritt, ich weiß nicht einmal, wie man das Wort richtig schreibt oder ausspricht. Ich habe versucht, mir selbst die Antwort zu finden. Was ist ein Bolschewik? Wird man schon als Bolschewik geboren oder wird man erst später einer? Woran erkennt man den Bolschewik? Vor einigen Wochen veröffentlichten die Zeitungen, um mich zu belehren, die sogenannten einundzwanzig Punkte des Bolschewismus. Der Teufel mag beim Lesen vor Reid gelb geworden sein. Einige dieser einundzwanzig Punkte waren ihm nie in den Sinn gekommen. Mich deutete, der gewissenhafte Bolschewik, der bestribt sei, alle diese Punkte zu erfüllen, könne niemals Zeit für seine Mahlzeiten finden. Ein Punkt — ich glaube, es war der siebzehnte — war bloß mit Kreuzen bezeichnet; der Redakteur erklärte in einer Randbemerkung, dieser siebzehnte Punkt sei so furchtbar, daß ihn kein anständiger englischer Redakteur bringen könne. Vielleicht hatte er recht; vielleicht hätte ich die Rekläre nicht zu ertragen vermocht. Dennoch fühle ich — demart verberbt ist der Mensch — einen unbesiegblichen Wunsch, gerade diesen siebzehnten Punkt zu erfahren. Doch hätte er vielleicht meine Seele beiseite und es ist besser, ich verbleibe im Zustand der Unschuld und vermag an die Güte der Menschen zu glauben.

Abgesehen von Punkt siebzehn jedoch fand ich nichts Berart neues in der Geschichte der Verbrechen, das mir geblieben hätte, einen Bolschewik auf den ersten Blick zu erkennen. Ich muß daher

Die Konferenz von Spa

Der Eindruck der deutschen Reden

H. N. Rotterdam, 7. Juli.

Der Sonderkorrespondent des „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ meldet: Die geistige Sitzung hat einen peinlichen Verlauf genommen, denn seitens der Deutschen wurde ein Hauptfehler begangen. Dieser Verlauf war nicht sehr angenehm für die Deutschen, und als sie nach einer Sitzung, die vier Stunden dauerte, die Villa verlassen, machten sie einen recht betrübten Eindruck. Vor allen anderen sah Fehrenbach sehr bedrückt aus. Auch Lloyd George war sehr aufgeregt. Die Diskussion über die Entwaffnung wurde lediglich von den Deutschen und Lloyd George geführt. Die Franzosen haben kein Wort gesprochen. Lloyd George verlangte persönlich nähere Einzelheiten und bestimmte Angaben über die Auslieferung der Waffen. Ueber die Zahl der Truppen wurde in dieser ganzen Sitzung nicht gesprochen. Gehtes, der offenbar noch unter dem Eindruck einer überstürzten Abreise stand, antwortete mit einer sehr ausführlichen Rede, die aber nicht sehr klar war. Er zählte die Schwierigkeiten auf, die Deutschland bei der Herabsetzung der Truppenzahl erwachsen, und betonte die Tatsache, daß die überjährligen Soldaten sich nicht mir nichts, dir nichts nach Hause schicken lassen werden. Auch erwähnte er, daß man in gewissen Gegenden eine bewaffnete Macht notwendig habe. Es gelang ihm aber nicht, dies alles genügend klar zu machen und die von Lloyd George geforderten Einzelheiten fehlten in seiner Auseinandersetzung vollständig. Offenbar waren die Deutschen nicht ganz vorbereitet. Die weitere Unterredung brachte die Angelegenheit nicht weiter vorwärts.

Minister Simons tat, was er konnte, um den unangenehmen Eindruck zu verwischen und seine Versuche waren nicht ganz ungeschickt. Vor allem aber war es der Reichsminister, der den Hauptfehler beging. Denn nachdem Lloyd George den Deutschen noch einmal anheimgestellt hatte, wenigstens am Mittwoch die verlangten Einzelheiten zu geben, begann er eine lange offenbar vorher vorbereitete Rede, die aber absolut nicht zur Lage paßte, mit der er aber offenbar beabsichtigte, einen tiefen Eindruck hervorzurufen. Es war eine typische Reichstagsrede, auf die Sentimentalität der Zuhörerschaft berechnet und in Fehrenbachs bekanntem weinerlichen Tone vorgetragen. Sein Hauptgrund war, daß er als ehrlicher Mann sterben und keine unerfüllbaren Verpflichtungen übernehmen wolle. Die Tatsache, daß jeder Satz ins Französische und Englische überetzt werden mußte, verschärft noch den peinlichen Eindruck dieser Rede. Lloyd George gab nach der Beendigung der Kanzlerrede Fehrenbach einen argen Räffel. Er drückte seine Enttäuschung über die nichtschlagenden Worte aus, die er anstatt sachlicher Mitteilungen gehört habe. Er wies den Kanzler darauf hin, daß die Zeit der Mitglieder der Konferenz sehr wichtig und kostbar sei und legte den Deutschen ans Herz, diesem Umstande Rechnung zu tragen. Diese Worte Lloyd Georges machten auf die Deutschen einen fatalen Eindruck, aber sie waren verdient und es war eine harte Lehre, die sie sich zu Herzen nehmen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Lloyd George war sehr sachlich und im Anfang durchaus wohlwollend. Die Tatsache, daß er allein das Wort führte, war offenbar darauf berechnet, unangenehme Zusammenstöße zu vermeiden. Fehrenbach wird daran denken müssen, daß Reichstagsbereitschaft auf einer Konferenz wie Spa vielleicht das gerade Gegenteil des gewünschten Eindruckes hervorruft.

Besprechungen über die Entwaffnungsfrage

H. N. Spa, 7. Juli.

Wie verlautet, wird General Koch sobald wie möglich mit General von Seeck die technischen Einzelheiten in der Entwaffnungsfrage behandeln. Der neue englische Botschafter in Berlin Lord Aberdeen und der englische Botschafter in Paris sind gestern in Spa eingetroffen.

Zusammentritt des Botschafterrats in Paris

H. N. Paris, 7. Juli.

Gestern morgen ist der Botschafterrat unter Vorsitz von Jules Cambon zusammengetreten. Einzelheiten über die Beratungen sind nicht mitgeteilt worden.

Die englischen Ansprüche an Deutschland

Amsterdam, 6. Juli.

Der Präsident des Handelsamtes teilte mit, daß am 15. Mai 34 806 Ansprüche englischer Gläubiger bei dem deutschen Clearingamt eingereicht wurden, und daß nächste Woche weitere 10 000 folgen werden.

Die belgischen Forderungen

Amsterdam, 6. Juli.

Wie „Algemeen Handelsblad“ aus Spa meldet, haben gestern spät abends noch Besprechungen mit Lloyd George, Millerand, Sforza und Delacroix stattgefunden, wobei der letztere mitteilte, Belgien werde die acht Prozent, die ihm auf der Brüsseler Konferenz als Anteil an der deutschen Entschädigung zugesagt wurden, als angemessen ansehen, wenn Belgien

Sozialismus, der seinen Ursprung aus religiösen Gründen herleitet, kann durch solche Methoden nur noch geschadet werden. Das ist schade. Denn der seelische Kern des Wertes ist gut.

Kurt Kersten.

Die Beerdigung Max Klingers, findet Donnerstag auf dem Bestium des Meisters in Grob-Zena bei Raumburg, statt. Den Platz hat Klinger selbst ausgesucht und gleichzeitig bestimmt, daß seine Bronzestatue „Der Athlet“ auf seinem Grabe aufgestellt wird. Johannes Hartmann, der Schöpfer des Leipziger Schillerdenkmals, hat die Totenmaske abgenommen. Die Jüge des Entschlafenen sind von friedvoller Schönheit durchgestrichelt. In der Volkshöhle gelangt am 10., 11. und 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, die Fledermaus unter Mitwirkung des Bühnen-Direktors zur Aufführung.

Neuengagemente der Staatsoper für die Spielzeit 1920/21, an Reuheiten sind vorgeschrieben: Die Opern „Blauhaut“ von Reineck (Oktober), „Die Gezeichneten“ von Schäfer (Dezember), „Die Zosellegende“, Pantomime von Richard Strauß, als Aufführung in Deutschland, welche in einem Cylindus Straußscher Werke unter Leitung des Komponisten im Januar erscheinen wird, „Das Christlelein“ von Piskner (Februar), „Turandot“ und „Arlecchino“ von Baloni (April).

Neuengagements der Staatsoper für die Spielzeit 1920/21, an Reuheiten sind vorgeschrieben: Die Opern „Blauhaut“ von Reineck (Oktober), „Die Gezeichneten“ von Schäfer (Dezember), „Die Zosellegende“, Pantomime von Richard Strauß, als Aufführung in Deutschland, welche in einem Cylindus Straußscher Werke unter Leitung des Komponisten im Januar erscheinen wird, „Das Christlelein“ von Piskner (Februar), „Turandot“ und „Arlecchino“ von Baloni (April).

Kurt Kersten.

bei der Bezahlung von Deutschland ein Vorkredit erhalte, und wenn der Goldfrank mit der Goldmark gleichgestellt werde.

Wie „Algemeen Handelsblad“ hinzufügt, widersetzte sich Lloyd George mit großem Nachdruck den beiden belgischen Forderungen, worauf die Besprechung unermittelt abgebrochen wurde. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist der französische Finanzminister in der Nacht im Extrazug nach Paris abgereist.

Eine Spa-Nummer der „Freie Welt“

Aus Anlaß der Konferenz in Spa ist die „Freie Welt“, illustrierte Wochenschrift der U. S. R. D., als Sondernummer Spa erschienen. Das Heft enthält ein reichhaltiges sozialistisches Programm für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinteressen. Auch alle anderen Beiträge des Heftes sind der deutsch-französischen Verständigung gewidmet.

Die englischen Vorschläge an Rußland

Amsterdam, 7. Juli.

„Daily Herald“ läßt sich aus Kristiania melden, daß Krasin nach Moskau mit einer Note Lloyd Georges gegangen sei, worin dieser vorschlägt, daß Rußland und England beiderseits die Feindseligkeiten einstellen und sich jeder Propaganda und jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder und der anderen Seite enthalten sollen. Die Note erwähnt nicht die Einlösung von den früheren russischen Regierungen eingegangenen Schulden, sondern verlangt nur, daß die Räterregierung die Schulden für Waffenlieferungen und geleistete Dienste anerkenne.

Ein Erfolg des Obersten Wrangel?

London, 6. Juli. (Reuter.)

Das Kriegsamt teilt mit: Die Reiterei des Generals Wrangel hat ein bolschewikisches Kavalleriecorps in Stärke von 18 Regimentern umzingelt, die einem konzentrierten Feuer von Panzerjägern, Truppen und Fahrzeugen ausgesetzt wurden. Nur 150 Mann sind entkommen. Das Schlachtfeld ist mit Leichen bedeckt. Die Zahl der Gefangenen beträgt 1000. 40 Geschütze und viele Maschinengewehre sowie Transportmaterial wurden erbeutet.

Die Frage des Wiederaufbaues

Paris, 6. Juli. (W. T. S.)

Die französische Kammer begann in der heutigen Vormittags-Sitzung die Beratung über das Budget der befreiten Gebiete. Der sozialistische Abgeordnete Uhrv erklärte, man habe gewünscht, daß die deutsche Regierung gefragt werde, was sie an Materialien und Menschen liefern könne, auf alle Fälle hätte sie sofort Arbeitskräfte beschaffen können. Der Abgeordnete Israel rief dazwischen: Die sozialistischen Abgeordneten haben gegen die Verwendung der deutschen Arbeitskräfte protestiert. Uhrv erwiderte: Nur gegen die Verwendung der Kriegsgefangenen. Hierauf erklärte Loucheur, die sozialistische Partei der ehemaligen Kammer habe die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte nicht zulassen wollen. Er habe sich mit den Gewerkschaften in Verbindung gesetzt. Auch da habe er Proteste erhalten, namentlich von Seiten der Bauarbeiter. Außerdem habe die Bevölkerung erklärt: Jetzt, nachdem wir von den Deutschen befreit sind, wollen wir nicht wieder neue aufnehmen, besonders wenn diese an allen Vorteilen der französischen Gewerkschaften teilnehmen wollten. Uhrv erwiderte, die französischen Arbeiter hätten, wenn es keine Arbeitslosen mehr gegeben hätte mit ihren deutschen Kollegen zusammen gearbeitet. (Lebhafte Proteste.) Abgeordneter Escoffier erklärte, Uhrv spräche nur in seinem eigenen Namen und sagte: Ich stelle auf alle Fälle fest, daß wir von Deutschland weder Geld noch Menschen noch Materialien erhalten haben.

Generalfstreik im Saargebiet

L. U. Saarbrücken, 7. Juli.

Der Streik ist zum Generalfstreik geworden. Die gesamte Hütten- und Metallindustrie des Saargebietes und der Westfalz steht im Streik mit Ausnahme des Behrers Wertes, das Saarbrücken mit Gas versorgt. In allen Orten fanden gestern geheime Abstimungen statt, wobei sich die in den Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter für Fortsetzung des Streiks erklärten. Die Saarregierung ist sich des Ernstes der Lage bewußt, nachdem in einer Besprechung auch der Vertreter der Eisenbahner und der Bergarbeiter ihre Sympathie mit den Ausständigen ausdrückten.

Die Wahlen zum dänischen Folketing

Kopenhagen, 6. Juli.

Da die im Reichstag im vorigen Monat angenommene Verfassungsänderung infolge der Wiedervereinigung mit Schleswig erst Endgiltigkeit erlangen, nachdem sie von einem neuen Reichstag angenommen worden sind, haben heute die Wahlen zum Folketing stattgefunden. Das neue Folketing wird sich wie folgt zusammensetzen: Erwerbspartei 4, Konservative 26, Radikale 18, Sozialdemokraten 42, links 51; im ganzen 139. Die Konservativen verloren 2, die Radikalen 1 und die Linke gewann 3 Sitze. Die Regierungsparteien, die sich aus der Linken und den Konservativen zusammensetzen, haben demnach einen Sitz gewonnen.

Die Regierungskrise in Ungarn

Budapest, 7. Juli.

Der Reichsverweser hat das Entlassungsgesuch der Regierung angenommen und das Ministerium mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut.

Pulverexplosionen in Rumänien

Bukarest, 6. Juli. (Damen.)

In einem bliesigen Ort explodierten zehn Waggons Pulver. Der Erdboden wurde an diesen Stellen aufgerissen. In der Umgebung der Stadt wurden zahlreiche Fensterhebeln eingedrückt. Da das Fort in Flammen steht und weitere Explosionen erfolgen, ist es unmöglich, sich dem Schauplatz zu nähern. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Die Wahl des demokratischen Präsidentschaftskandidaten

San Francisco, 6. Juli. (Reuter.)

Die Zahlen bei der 48. Abstimmung auf dem demokratischen Nationalkonvent waren: Cox 518, Mac Adoo 410 Stimmen. Cox wurde um 1 Uhr 40 Minuten morgens bei der 44. Abstimmung durch Jurns zum Kandidaten nominiert.

Die Hüter der Verfassung

Der „Local-Anzeiger“ bringt folgende Anfrage an den Reichspräsidenten: Sowohl den englischen als auch den französischen Botschafter hat bei deren Antrittsbesuch der Reichspräsident Ebert im Namen der Regierung „der deutschen Republik“ begrüßt. Art. 1 der Weimarer Verfassung nennt aber ebenso wie die Ueberschrift ausdrücklich als Bezeichnung unseres Staates „das Deutsche Reich“. Weshalb hat der Herr Reichspräsident diese verfassungsmäßige Bezeichnung ersetzt durch „die deutsche Republik“?

Es ist von außerordentlichem Reiz, gerade den „Local-Anzeiger“, das erste und einzige offizielle Rapp-Organ, in der Rolle eines Verfassungshüters zu sehen. An diesem Beispiel zeigt sich aber auch, wie berechtigt die Forderung unserer Genossen im Verfassungsausschuss war, statt Deutsches Reich „Deutsche Republik“ zu setzen. Namen sind Symbole. So bildet für das ehmalige Leiborgan des Kaisers die Bezeichnung „Deutsches Reich“ die wonnvolle Erinnerung an den Glanz und die Gnadenwonne der Kaiserzeit, während die Bezeichnung „Deutsche Republik“ den mutigen Bruch mit der Vergangenheit vollzieht und auch dem Ausland gegenüber den festen Willen kundgibt, die Mächte der Vergangenheit endgültig zu begraben.

Stadtverordnetenwahlen in Mecklenburg

Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Rostock entfielen nach amtlicher Zählung auf die Deutschnationalen 3729, auf die Deutsche Volkspartei 8096, auf die Hausbesitzerliste 1029, auf die Wirtschaftliche Vereinigung 2183, auf die Demokraten 1692, auf die Sozialdemokraten 11 659 und auf die Unabhängigen 3774 Stimmen. Es erhalten Sitze, die Deutschnationalen 6, Deutsche Volkspartei 16, Hausbesitzerliste 3, Wirtschaftliche Vereinigung 4, Demokraten 3, Sozialdemokraten 21, Unabhängige 7.

In Warnemünde erhielten die vereinigten Bürgerlichen 1606 Stimmen, vier Sitze, und die Sozialdemokraten 1122 Stimmen, zwei Sitze.

Die Forderungen der Mieter

Außerordentlicher deutscher Mietertag

Die ständig steigende Wohnungsnot hat die Mieter veranlaßt, sich zu großen Organisationen zusammenzuschließen, um ihre Forderungen gegenüber den öffentlichen Körperschaften und den Hausbesitzern nachdrücklich zu vertreten. Zu ihren Kreisen geminnt die Ueberzeugung, daß der Wohnungsnot nur durch die Vergegenständlichung des Grund und Bodens und der Hüter wirksam entgegen werden kann, immer weiteren Boden. Auf dem am Sonntag in Dresden stattgefundenen außerordentlichen Deutschen Mietertag wurde die sofortige Finanzmaßnahme der Sozialisierung des Bodens und Wohnungswesens durch die Sozialisierungskommission und die Hinzulegung von Mietervertretern gefordert. Der Mietertag protestierte auch mit vollem Recht dagegen, daß im Reichswirtschaftsrat die Mieter nicht durch Delegierte ihrer Organisationen, sondern durch Abgeordnete des Städtetages vertreten werden, die, wie der jetzige Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz nach seiner Richtung hin als Mietervertreter angesehen werden können.

In der Hauptsache befaßte sich die Tagung mit der bevorstehenden reichsgesetzlichen Regelung der Höchstmieten. In der Aussprache, an der hoch Delegationen aus allen Teilen des Reiches beteiligten, wurden die Entwürfe, die bisher im Reichsarbeitsministerium, wenn auch noch nicht endgültig, zustande gekommen sind, als unsozial und den Mieterinteressen schädlich, bekämpft. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Der Mietertag fordert eine sofortige reichsgesetzliche Regelung der Höchstmieten mit dem Ziele der unbedingten Festhaltung der Grundstückspreise vom 1. Juli 1914, solange sich der Grundbesitz noch in Privat Händen befindet. Jede Erhöhung der Haus- und Bodenteile, sowie jede Spekulationsmöglichkeit ist mit allen Mitteln zu verhindern. Der Rechtszins darf nicht höher sein, als zur Deckung der Hausausgaben unbedingt notwendig ist. Dementsprechend fordert der Mietertag:

1. Als Grundlage der Neueregulierung hat der Friedensmieteanspruch zu dienen; der Kapitalzins ist auf das unbedingt notwendige zu beschränken.
2. Die übrigen Hausunkosten dürfen nur in Höhe der tatsächlichen Ausgaben auf die Mieter verteilt werden; alle Ausgaben unterliegen der Nachprüfung durch den Mieterrat.
3. Bei der Feststellung aller nicht feststehenden Ausgaben sowie der Notwendigkeit und der Reihenfolge der Reparaturen wirkt der Mieterrat mitbestimmend; Streitfälle entscheidet das Mietereingangsamt endgültig.
4. Durch den Hauswirt ganz oder teilweise verschuldete Reparaturkosten werden nicht erstattet.

Die Kosten größerer Instandsetzungsarbeiten dürfen nicht allein den Mietern des einzelnen Hauses zur Last gelegt, sondern müssen von der Gesamtheit getragen werden.“

Eine weitere Entschließung bekämpft den Wucher mit Zimmern in Hotels und Pensionen und verlangt die schärfste Erassung aller verfügbaren Wohnraumes und eine scharfe Wohnraumsteuer. In einer Eingabe wird ferner die Ausgestaltung der Mietereingangsämter zu Wohnungsgerechten und das Revisionen- und Wiederaufnahmeverfahren für diese Gerichte verlangt. Gegen die vielen Gefährdungslagen, die immer noch von verschiedenen Mietereingangsämtern begangen werden, soll energig vorgegangen werden. Einstimmig wurde schließlich ein Antrag angenommen, bei der Regierung Maßnahmen zur Verbilligung der Hausbrandstoffe zu verlangen. Die bisher gegen dieses Verlangen vorgebrachten Gründe der Regierung wurden als nicht durchschlagend bezeichnet. Der Mietertag genehmigte dann mit wenigen Änderungen die in Raumburg beabsichtigten Sitzungen der Einheitsorganisation.

Das Reichsarbeitsministerium ist in eine Prüfung der Maßnahmen eingetreten, die für eine Reform des städtischen Wohnungswesens in Betracht kommen. Zu diesem Zweck ist zunächst ein kleiner Arbeitsausschuss unter der Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Wohnungsausschusses, des früheren Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes, Freiherrn von Stein, einberufen worden.

In der ersten Sitzung dieses Ausschusses am 1. und 2. Juli fand eine allgemeine Aussprache über die Reformvorschlüge statt, die von verschiedenen Seiten, insbesondere von den Herren Dr. Kampffmeyer und Dr. Ing. Wagner sowie von Herrn Kemper, ausgearbeitet und in der Öffentlichkeit lebhaft besprochen sind. Auf Grund der in der Aussprache hervorgetretenen Gesichtspunkte sollen die Einzelfragen in einigen besonderen Ausschüssen im Einvernehmen mit Sachverständigen und Vertretern der interessierten Bevölkerungskreise beschleunigt weiter geprüft werden.

Das Reichsarbeitsministerium tätigt gut, der Öffentlichkeit mitzuteilen, aus welchen Personen dieser Arbeitsausschuss besteht. Es muß verlangt werden, daß seine Zusammenkunft so erfolgt, daß Gemähe dafür gegeben ist, daß auch die Mieterkreise ausreichend zu Wort kommen können.

In den nächsten Tagen erscheint:

Das Reichseinkommensteuergesetz

Mit Einteilung und Erläuterungen von Eugen Prager

56 Seiten = Preis 4 M.

Zum Gebrauch für Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende

Sofortige Bestellung erbittet

Verlags-Gesellschaft Freiheit e. G. m. b. H. Abteilung Buchhandlung = Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Gewerkschaftliches

Die Opposition im Zentralverband der Angestellten

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten hat sich Dienstag mit dem Ausschluß der Oppositionellen Funktionäre zu beschäftigen...

Die Ausschließungen waren eingetretet für Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft, für den Klassenkampf, für Förderung des Industrieverbandes...

Die Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin protestiert dagegen, daß der Hauptvorstand und Ausschuß des Verbandes die Kollegen Hirsch und Genossen auf Antrag der Berliner Ortsverwaltung ausschließen...

Da die Annahme des Antrages zweifellos erfolgt wäre, erklärte die Delegiertenversammlung die Versammlung für nicht beschlußfähig und schloß dieselbe...

Die Forderungen der mittleren Postbeamten

In der am Sonntag im Zirkus Busch abgehaltenen Versammlung des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Beamten ging es gar stürmisch zu...

Die hungernden Wachangestellten

Die Wachangestellten hatten den Unternehmern die Forderung einer Teuerungszulage in Höhe von 100 M. pro Monat unterbreitet...

in der Lage, einen Kampf mit Clubwehern und Diebesgepfäl aufzunehmen, überhaupt eine Bewachung gewissenhaft auszuführen...

Angestelltenrat der Metallindustrie. Der Angestelltenrat der Metallindustrie wird Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche ausgegeben...

Stud- und Gipsbander. Die Verhandlungen sind beendet und zeitige folgendes Ergebnis: Der Tarif hat Gültigkeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921...

Zentralverband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverein Berlin. Die Beschneidung der beiden hiesigen Filialen ist vollzogen...

Achtung, Steinseher und Berufsgeossen! Alle Betriebsräte und Betriebsobmänner aus dem Gau Groß-Berlin werden hiermit aufgefordert...

Da am Donnerstag, den 8. Juli 1920, unsere Lohnverhandlungen stattfinden, machen wir die Mitglieder der Filiale Berlin darauf aufmerksam...

Groß-Berlin

Gegen die Zusammenlegung von Berliner Gemeindeschulen

In kommenden Winterhalbjahr aus Gründen der Kohlenersparnis, nahm eine von den Elternbetreibern der 49., 51., 303. und 304. Gemeindeschulen einberufene Elternversammlung Stellung...

Die in diesem Sinne gehaltenen Entschließung fand einstimmig Annahme. Eine aus den Elternbetreibern der vier Gemeindeschulen gebildete Kommission wurde beauftragt...

Aus den weiteren Verhandlungen sind insbesondere die Klagen zu erwähnen über die Pausenplage, die besonders in den Mädchen Schulen stark verbreitet ist...

Auch die Klage über die überhandnehmende Dispensierung von Schulkindern unter 14 Jahren vom Unterricht zum Zwecke früherer Erwerbstätigkeit...

Bereinarbeitung zwischen Kerzen und Krankenkassen. Zwischen dem Groß-Berliner Kerzenverein E. R. und dem Verband der Krankenkassen Groß-Berlins ist am Sonntagabend eine Vereinbarung über eine zukünftige einheitliche ärztliche Versorgung...

schlag von 2,50 M. für das erste Vierteljahr 1920. Während dieses Honorarabkommens zunächst nur für 1920 gilt, soll der übrige Betrag fünf Jahre Geltung haben...

Kein Baden bei Klassenausflügen. Beim Baden der Schüler und Schülerinnen bei Ausflügen ereignen sich mitunter Unglücksfälle, um so mehr als Lehrer und Schüler die Badegelegenheit nicht immer genügend kennen...

Der Bäckereimeister Josef Hunder, Wiener Straße 8, ist wegen unzulässiger Betriebsführung auf die Dauer von 6 Wochen von der Mehlzulassung ausgeschlossen worden.

Philharmonisches Orchester. Die Karten der 2. Serie der Volkskonzerte (bis 13. August) sind ausverkauft.

Mariendorf. Die sozialistische Arbeiterschaft Mariendorfs veranstaltet Ferienspiele mit Kaffeeochsen, die am Freitag beginnen. Treffpunkt um 1/2 7 Uhr am Rathaus...

Gegner der Kommunalisierung. Am Montagabend hatte die „Wirtschaftliche Vereinigung“ in den Kommerzien, Teltower Str. eine Versammlung gegen die „drohende Kommunalisierung“ einberufen...

Selbstmord einer Pierzehnjährigen. Im Jahrgang erschossen hat sich gestern in der Wohnung ihrer Eltern, die 14jährige Tochter Charlotte des Handelsmannes Carl Gerlach aus der Reinholdsdorfer Straße 46...

Verloren am Mittwoch auf dem Wege von Trepow nach dem Schloß, ein Paket Mitteilungsblätter vom Fabrikarbeiterverband...

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Sehr warm und ziemlich schwül, vielfach heiter aber öfters überzogen mit etwas Gewitterneigung...

Aus den Organisationen

- 5. Mittl. Freitag, 7 Uhr, öffentliche Versammlung im Gemeindefestsaal...
12. Mittl. Mittwoch, 7 Uhr, öffentliche Versammlung im Gemeindefestsaal...
14. Mittl. Donnerstag, 7 Uhr, öffentliche Versammlung im Gemeindefestsaal...

Bereinskalender

- Zentralverband der Angestellten, Jahrgruppe 5b (Volantennoln-Ange...
1. Juli, 7 Uhr, öffentliche Versammlung...
2. Juli, 7 Uhr, öffentliche Versammlung...

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Diebschlag, Friedenau Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Breite Straße 83.

Zahn-Praxis Endter Nfg. Alvenslebenstr. 21, Hochbahnhof Bülowstr. Sprechstunden wochentags von 9-12, 2-6 Uhr. Nur 2 feste Preise: Zähne 5 M. u. 7,50 M.

Der Mieterschutz Beste gemeinverständliche Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung Unentbehrlich für jeden Mieter Preis 4 Mark Zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9

Stolzeren Kupferdraht, Eisen und Wachsdraht, Ingenieurbüro Schöpfung, Berlin W9, Rindfleisch 10, Telefon: 3769 3760 und 3818.

Spiralbohrer, Schmirgelstein, nur neu, Karl Müller, Reut. 33, (Miegendorferplatz).

Der richtige Weg für Angebot u. Nachfrage sind die Kleinen Anzeigen in der Abend-Freiheit.

Kleine Anzeigen, Aufnahme in allen Expeditionen des Verlages, Das Nebechriftswort 2.-Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.

Unterricht, Mütterliches Deutsch sprechen, schreiben, lehren, Erziehung, Eberhard, Wilmannsstraße 11, Alexander 5284.

Verkäufe, Gardinenverkauf, Pöhlmann, Pöhlmannstraße 11, Alexander 5284.

Gartenmöbel, Gartenmöbel, Gartenmöbel, Gartenmöbel, Gartenmöbel, Gartenmöbel, Gartenmöbel, Gartenmöbel.

Kaufgeuche, Beim jeden Vollen Rio bis 20.-, Schönlach Hörschwer, Kauf, Herder, Leipzig, Groß, Hamburgstraße 15-11.

Elektronen-Material, Elektromotoren, auch elektrische Glühlampen, Kauf und Verkauf, Kugel, Wilmannsstraße 11, Alexander 5284.

Grammophonplatten, auch Grammophonplatten, Grammophonplatten, Grammophonplatten, Grammophonplatten, Grammophonplatten, Grammophonplatten.

Möbel, Chaiselongues, 100.- bis 600.-, Metallbetten 350.- bis 2000.-, weiche Schlafzimmer, Meissner, Auguststr. 22a, Ough.

Werkzeuge u. Maschinen, Singer-Bohnen, kleine, neu, kauf, Winkler, Auguststr. 24.

Fahrräder, Motorräder, Motorräder, Motorräder, Motorräder, Motorräder, Motorräder, Motorräder.

Schneidemaschinen, Schneidemaschinen, Schneidemaschinen, Schneidemaschinen, Schneidemaschinen, Schneidemaschinen, Schneidemaschinen.

Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer.

Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer, Spiralbohrer.